

## **Antrag**

an das 15. Studierendenparlament  
der Humboldt-Universität zu Berlin  
zur Sitzung am 13.12.07

von der Hochschulgruppe  
**SDS.Die Linke HU**

### **Antragstext:**

Das 15. Studierendenparlament möge beschließen, dass die zum Studierendenparlament und/oder ReferentInnenrat gehörenden InitiatorInnen<sup>1</sup> des Volksbegehrens „Für offene und demokratische Hochschulen“ in der ersten Sitzung des neuen Kalenderjahres vor dem Studierendenparlament persönlich dazu Stellung nehmen, welche konkreten Maßnahmen zur Unterschriftensammlung für das genannte Volksbegehren im Vorhinein geplant und gegebenenfalls durchgeführt worden sind, insbesondere, aber nicht ausschließlich, in puncto Vernetzung, Mobilisierungsstrategien, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, und welche Konsequenzen die TrägerInnen des Volksbegehrens aus der aktuellen Lage ziehen.

### **Begründung:**

Seit Mai dieses Jahres läuft das Volksbegehren „Für offene und demokratische Hochschulen“. Laut einer Aussage der Referentin für Hochschulpolitik, Lena Müller, sind seitdem, also von Mai bis November, ca. 3000 Unterschriften gesammelt worden – am 11. Dezember müssen es 20.000 sein. Ein Erfolg dieses Volksbegehrens wäre ein für die Berliner Hochschullandschaft äußerst bedeutsamer Schritt mit einer wichtigen Signal- und Vorbildwirkung für andere Bundesländer und die dortigen Studierenden. Aus diesen Gründen findet das Begehren nach wie vor die ausdrückliche und tatkräftige Unterstützung unserer Hochschulgruppe.

Der Umstand allerdings, dass die zuständigen OrganisatorInnen das Begehren im Vorfeld nicht rechtzeitig bekannt gemacht, potentielle UnterstützerInnen (politische Organisationen, Gewerkschaften, usw.) nicht frühzeitig angesprochen und arbeitsteilige Vernetzungsstrukturen nicht ausreichend ausgelotet haben, droht das gesamte Projekt zu scheitern. Der daraus entstehende Schaden wäre weit höher als nur die schlichte Entblößung jenes Volksbegehrens als gedanken- und atemlosen... na ja, mensch kann es ja noch nicht einmal Aktionismus nennen.

Die unternommenen Anstrengungen – oder vielmehr, die Vernachlässigungen – zur Unterschriftensammlung lassen seitens der InitiatorInnen in keiner Weise auf die anzunehmende Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit bei der Entscheidung für ein solches Vorhaben schließen.

Die Erfahrung lehrte bereits nach kurzer Zeit, dass die Websites nicht ausreichend öffentlichkeitswirksam und das „Berliner Bündnis für freie Bildung – gegen Studiengebühren“ aufgrund der mangelnden Beteiligung – trotz regelmäßiger Treffen und Ankündigungen – längst keine Struktur mehr zur Koordination solcher Vorhaben sind.

Wir betonen nochmals, dass wir nach wie vor für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und in wechselseitigem Austausch bereit sind, wenn alle Beteiligten den ernsthaften Entschluss und das Bemühen erkennen lassen, das erfolgreich zu Ende zu bringen, was hier angefangen wurde.

Doch im Falle des Scheiterns würden die InitiatorInnen des Begehrens den Interessen der Bildungsökonomisierung und der Marktausrichtung des Hochschulwesens Vorschub leisten, indem sie den durch ihre Planlosigkeit und verhältnismäßige Untätigkeit erzeugten Anschein liefern, dass die Studierenden selbst weder ein Interesse an Studiengebührenfreiheit, noch an demokratischer Mitbestimmung geschweige denn an freiem Zugang zu bestimmten Studiengängen hätten. Es ist schier unglaublich, dass studentische InteressenvertreterInnen ausgerechnet in ihrem zentralen Aufgabenbereich der hochschulpolitischen Gegenseite nicht nur *ein* ausschlagbares Argument gegen studentische Interessen, sondern gleich drei liefern, und zwar frei Haus! Aus dem Scheitern des Volksbegehrens müssen deshalb Konsequenzen gezogen werden.

SDS.Die Linke HU

---

<sup>1</sup> Als TrägerInnen des Volksbegehrens sind namentlich verzeichnet: Lena Müller, Andrea Remmers, Pablo Hermann, Andy Möbius und Hans Riegel